

Herrn
Staatsminister
Prof. Dr. Alexander Lorz
Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

17.07.2015

Stellungnahme zum Ergebnis des Bildungsgipfels

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

die GGG Hessen hat aktiv an vier der fünf Arbeitsgruppen des Hessischen Bildungsgipfels teilgenommen.

Nach dem erheblichen Aufwand für alle beteiligten Organisationen und Personen, den immer wieder enttäuschenden Zwischenständen, dem Ausgeladenwerden und den wenig ermutigenden weiteren Zwischenschritten erfolgt nun eine Zusammenfassung der Ergebnisse, die keinerlei substantielle Fortschritte erkennen lässt.

Die dringend benötigten Antworten zu den wichtigsten Themen im Bildungsbereich wie Bildungsgerechtigkeit, Ganztagschule, Individualisierung, Abschlusssicherung, Sitzenbleiben, Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe, Kompetenzorientierung des Unterrichts, Lehreraus- und fortbildung, Folgen der demographischen Entwicklung haben keine oder eine längst bekannte Antwort gefunden, die nahezu nirgendwo über die Vereinbarungen im Koalitionspapier der Regierungsparteien hinausreicht.

Besonders die allzu bereitwillig aufgegriffene Variante der „Gemeinschaftsschule“ der Landesschülervertretung verweist auf die wenig ernsthafte Auseinandersetzung mit den notwendigen Veränderungen im Schulsystem und macht den offensichtlich taktischen Charakter der Veranstaltung deutlich. Die GGG Hessen schließt sich deshalb ausdrücklich der Presseerklärung der Landesschülervertretung (LSV), des Landeselternbeirats (LEB), des Elternbunds Hessen (ebh), des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) und der GEW Hessen vor der Landespressekonferenz am 8.7.2015 an.

Besonders im Bereich der Schulstruktur erscheint es wieder einmal als skandalös, eine weitere Version von Mitttestufenschule als vermeintliche Lösung der Probleme in den Vordergrund zu rücken, die nichts weiter ist als ein Aufguss bereits gescheiterter Formen. Auch diese wird scheitern.

In Hessen arbeiten 117 schulformübergreifende Gesamtschulen mit weit über 75.000 Schülerinnen und Schülern in einer integrierten Form, die zu Recht als

einzigste Alternative zum Gymnasium trotz insgesamt zurückgehender Schülerzahlen auch weiterhin einen Zuwachs bei der Nachfrage verzeichnet. Diese Alternative muss man nicht suchen geschweige denn neu erfinden. Es gibt sie bereits seit über 40 Jahren und sie arbeitet weiterhin sehr erfolgreich. Hier ist die Basis für ein Zwei-Säulen-Modell also längst vorhanden, wird aber systematisch ignoriert.

Um zu einer gerechten Alternative (oder Säule) zum scheinbar unantastbaren Gymnasium zu werden, sind allerdings aus unserer Sicht mindestens zwei Veränderungen notwendig:

- zum einen müssen Integrierte Gesamtschulen mit eigenen Oberstufen versehen werden, die es ihnen ermöglichen, ihre Schülerinnen und Schüler auf eigenen Wegen zum Abitur zu führen
- zum anderen ist für diese Schulen ein wissenschaftlich fundierter Sozialindex anzuwenden, der die Ressourcen nach Bedarf zuweist und nicht formal oder nach dem Gießkannenprinzip.

Auf dem Weg zu einer inklusiven Schule für alle wäre dies für uns ein gangbarer Kompromiss, der allerdings Mut erfordern würde, den wir in der Hessischen Landesregierung nicht vertreten sehen.

Neben dem Wunsch nach einer Veränderung im Bildungssystem hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit blieb auch der Wunsch nach einer qualitativen Verbesserung von Schulen weitgehend auf der Strecke. Wir können in den „Ergebnissen“ des Bildungsgipfels hierzu keine wirklichen Anstrengungen erkennen. Andererseits wird über offensichtliche Zahlenspielertricks das Versprechen gebrochen, die demographische Rendite bei den Schulen nicht anzutasten, indem man Stellen an einigen Punkten streicht und zu anderen Schwerpunkten hin verschiebt.

Insgesamt scheint uns das Ergebnis des Gipfels keineswegs dazu geeignet, die angestrebte Beruhigung der Schullandschaft für die nächsten 10 Jahre zu gewährleisten. Im Gegenteil erfordern gerade die darin noch deutlicher gewordenen Leerstellen ein sichtbares und entschlossenes bildungspolitisches Handeln im Sinne von Bildungsgerechtigkeit und bestmöglicher Förderung unserer Kinder.

Mit den besten Grüßen

Im Auftrag des Landesvorstands



E. Weitalla
Landesvorsitzender

Diese Stellungnahme leiten wir auch an die Presse weiter.